Pressemitteilung

PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz

Anlage zur Pressemitteilung vom 02. November 2026

Forderungen der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz zum Pflege-Neuordnungsgesetz (PNOG)

1. Bewährte Unterstützungsangebote erhalten statt Versorgungslücken schaffen!

Die geplante Umstellung individueller Leistungsansprüche auf ein stärker zweckgebundenes Sozialraumbudget könnte dazu führen, dass Pflegebedürftige bestimmte Hilfen nicht mehr unmittelbar und bedarfsgerecht abrufen können. Insbesondere droht der Wegfall bisheriger Finanzierungsmöglichkeiten für Betreuungs- und Entlastungsleistungen. Pflegebedürftige und Angehörige brauchen aber weiterhin verlässliche und individuell abrufbare Hilfen. Auch der Verlust etablierter Angebote der Verhinderungspflege ist eine nicht hinzunehmende Belastung pflegender Angehöriger, die auf zeitweise Entlastung angewiesen sind.

2. Pflegeberatung sichern statt gewachsene Strukturen zerschlagen!

Ambulante Pflegedienste beraten Pflegebedürftige und Angehörige seit Jahren unmittelbar in ihrem häuslichen Umfeld. Werden diese Beratungsangebote durch neue Formen der Pflegebegleitung verdrängt, gehen wohnortnahe Ansprechpartner, fachliche Kompetenz und gewachsene Vertrauensverhältnisse verloren. Die PflegeGesellschaft fordert deshalb, bestehende Beratungsstrukturen zu erhalten und verbindlich in die neuen Regelungen einzubinden, statt zusätzliche Parallelstrukturen aufzubauen.

3. Keine höheren Hürden beim Zugang zu Pflegeleistungen!

Die geplanten Änderungen der Begutachtungssystematik drohen den Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung zu erschweren. Menschen mit beginnendem Unterstützungsbedarf könnten notwendige Hilfen erst später erhalten. Gerade eine frühzeitige Unterstützung trägt jedoch dazu bei, Selbstständigkeit zu erhalten und eine Verschlechterung der Pflegesituation zu vermeiden. Einsparungen dürfen nicht dadurch erzielt werden, dass Pflegebedürftige später oder nur eingeschränkt Leistungen erhalten.

4. Gleiche Wettbewerbsbedingungen und faire Löhne für alle Pflegeeinrichtungen!

Die geplanten unterschiedlichen Vorgaben zur Refinanzierung von Personalkosten drohen den Wettbewerb zwischen Pflegeeinrichtungen zu verzerren und eine Lohnschere zwischen ihren Beschäftigten wieder zu eröffnen, die wir alle bewusst schließen wollten. Pflegekräfte leisten dieselbe anspruchsvolle Arbeit. Erforderlich sind faire Wettbewerbsbedingungen und eine sachgerechte Refinanzierung der Personalkosten für alle Einrichtungen. Gesetzliche Regelungen dürfen nicht erneut zu einer auseinanderdriftenden Vergütung vergleichbarer Pflegearbeit führen.

5. Häusliche Pflege stärken statt Angehörige zusätzlich belasten!

Die häusliche Pflege ist das Rückgrat der pflegerischen Versorgung. Sie funktioniert nur, wenn professionelle Pflegedienste, ergänzende Unterstützungsangebote und pflegende Angehörige zuverlässig zusammenwirken. Die Reform muss deshalb die ambulante Versorgung stärken, bestehende Angebote sichern und echte Wahlmöglichkeiten erhalten. Andernfalls drohen Versorgungslücken, die Familien selbst auffangen müssen und die langfristig auch den Druck auf die stationäre Versorgung erhöhen.